



Jungsozialist*innen
Mittelland-Süd



Sozialdemokratische Partei
Köniz



Motion (JUSO, SP, Junge Grüne, Grüne)

Massnahmen gegen Gewalt an FINTA Personen in der Gemeinde Köniz.

Antrag:

In der Istanbul Konvention werden Forderungen auf kommunaler Ebene verlangt. Der Gemeinderat wird deswegen aufgefordert, folgende Massnahmen gegen patriarchale Gewalt zu prüfen und umzusetzen.

1. Der Gemeinderat setzt sich beim Kanton für den Ausbau von Schutzplätzen und Notschlafstellen für FINTA -Personen ein.
2. Der Gemeinderat sucht auf dem Gemeindegebiet aktiv nach geeigneten Liegenschaften für Schutz- und Notschlafstellen und geht auf Eigentümerschaften und mögliche Betreiberorganisationen zu.
3. Der Gemeinderat erhebt in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Bern aktuelle Zahlen zu Fällen patriarchaler Gewalt und dem Bedarf nach Schutzplätzen von FINTA-Personen.
4. Der Gemeinderat prüft Massnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit (Kampagnen, Melde-Möglichkeit, etc.)

Begründung:

Die vorliegende Motion ist ein dringender Appell an den Gemeinderat von Köniz, sich aktiv gegen die anhaltende patriarchale Gewalt zu positionieren und konkrete Massnahmen zu ergreifen. Die Istanbul-Konvention, die im April 2018 von der Schweiz ratifiziert wurde, stellt einen klaren Rahmen für den Schutz von FINTA-Personen¹ dar und fordert von den Gemeinden, auf lokaler Ebene aktiv zu werden. Leider zeigt sich, dass Köniz in der Umsetzung dieser wichtigen Vorgaben hinterherhinkt.

Die alarmierenden Statistiken zur häuslichen Gewalt in der Schweiz sind unmissverständlich: In den ersten 17 Wochen des Jahres 2025 wurden bereits 15 Frauen Opfer von Feminiziden. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit des Handelns. TINA-Personen² sind in den Statistiken auch heute noch unsichtbar. So hat man zu den Gewaltdelikten an ihnen auch keine Zahlen.

FINTA-Personen sind tagtäglich der Gefahr ausgesetzt, patriarchale Gewalt und Belästigung

¹ Frauen, Inter Personen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen und Agender Personen

² Trans Menschen, Inter Personen, Nichtbinäre Menschen und Agender Personen

zu erfahren. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel und erfordert ein entschlossenes Handeln der Gemeinde.

Ein zentrales Problem ist der Mangel an Schutzplätzen für FINTA-Personen in der Schweiz. FINTA-Personen sind überdurchschnittlich von patriarchaler Gewalt betroffen und meiden deshalb häufig gemischte oder konzeptionell auf Männer ausgerichtete Angebote. Auch diese Angebote sind allerdings schweizweit überlastet. Der von der Dachorganisation Schweizer Frauenhäuser (DAO) betonte Notstand wird auch von Studien auf Bundesebene sowie von der Konferenz der Sozialdirektor*innen SODK bestätigt.³ Konkrete Massnahmen sind im Kanton Bern bisher aber nicht ersichtlich.

Der Gemeinderat von Köniz muss beim Kanton intervenieren, um die notwendige Infrastruktur für Schutzplätze zu schaffen. Es ist inakzeptabel, dass viele Betroffene nicht wissen, wo sie Hilfe finden können, während die bestehenden Opferberatungsstellen überlastet sind. Hier ist ein sofortiger Handlungsbedarf gegeben.

Die Gemeinde Köniz verfügt über Möglichkeiten, einen Beitrag an die Bereitstellung von ausreichend Schutzplätzen und ggf. Notschlafstellen zu leisten. Namentlich soll der Gemeinderat auf dem Gemeindegebiet systematisch nach möglichen Liegenschaften suchen, welche sich für eine der genannten Nutzungen eignen könnten. Zur Erstellung eines Kriterienkatalogs ist der Kontakt zu möglichen Betreiber*innenorganisationen aufzubauen. Sind geeignete Liegenschaften nicht in öffentlichem Besitz, soll der Gemeinderat auf die Eigentümer*innen zugehen, ihre Unterstützung für eine Umnutzung anbieten oder einen Kauf der Liegenschaft anbieten.

Über die Frage der Infrastruktur hinaus können Fortschritte nur durch eine verbesserte Information erreicht werden. Häusliche und sexualisierte Gewalt spielt sich meist im Privaten ab. Der Gemeinderat soll deshalb in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei eine umfassende Erhebung zu den aktuellen Zahlen patriarchaler Gewalt in der Gemeinde durchführen und den Bedarf an Schutzplätzen eruieren. Nur durch eine fundierte Datengrundlage können gezielte Massnahmen entwickelt und die Situation nachhaltig verbessert werden.

Weiter soll der Gemeinderat prüfen, wie Betroffenen, die breite Öffentlichkeit, aber auch Täter*innen besser über diese Hilfsangebote informiert werden können. Beispiele von erfolgreichen Kampagnen liefert beispielsweise die Stadt Bern mit der Melde-Plattform «Bern schaut hin» oder der Sensibilisierungs-Kampagne «Tür an Tür».

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Umsetzung dieser Massnahmen nicht nur eine rechtliche Verpflichtung gemäß der Istanbul-Konvention darstellt, sondern auch eine moralische Verantwortung gegenüber den FINTA-Personen in unserer Gemeinde. Es ist an der Zeit, dass Köniz aktiv wird und sich für eine gewaltfreie und gerechte Gesellschaft einsetzt.

05.05.2025 / Mayra Faccio

Handwritten signatures and notes:
1. Heiner, Janke Hammer, Anger
Gulindferm, G. Günter, Marc-Lenke, h. Boerd
h n A. Jasser, L. Herrmann

³ <https://www.srf.ch/news/schweiz/trotz-hilferuf-die-schweizer-frauenhaeuser-sind-weiter-am-anschlag>

Handwritten signatures:
C. Kibacher, M. Röt, B. Kibacher, B. Kibacher, B. Kibacher